

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/156

18. August 1971

Reform des Weltwährungssystems überfällig

Alte SPD-Forderung durch Nixons Maßnahmen
noch aktueller geworden

Von Hans-Jürgen Junghans MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Ja zum Leistungsprinzip in der Bundeswehr

Klarstellungen zum CDU/CSU-Urteil über den
Fachbericht

Von Werner Buchstaller SPD-MdB
Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises
Sicherheitsfragen und Mitglied des Verteidi-
gungsausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 85 Zeilen

Aktuelle Reportage im SPD-Pressediens

Polnische Impressionen 1971 (2. Fortsetzung)

Seite 5 und 6 / 112 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausstraße 2-10
Postfach: 9153
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 87 37-38
Telex: 588 840 886 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Reform des Weltwährungssystems überfällig

Alte SPD-Forderung durch Nixons Maßnahmen noch aktueller geworden

Von Hans-Jürgen Junghans MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Bei den Amerikanern haben die Maßnahmen Nixons weitgehend Zustimmung gefunden. In allen westlichen Industriestaaten und so auch in der Bundesrepublik - ist das Bündel der wirtschafts-politischen Maßnahmen der Washingtoner Regierung mit sehr ge-mischten Gefühlen aufgenommen worden.

Die unmittelbaren Auswirkungen auf unsere Exportwirtschaft, die Beschäftigung und die Preisentwicklung lassen sich zunächst noch kaum abschätzen. Die zehn- bzw. 6,5prozentige Steuer auf alle Importe in die Vereinigten Staaten wird natürlich den Verkauf deutscher Exportgüter in den USA erschweren. Vor allem der Ab-satz des "Deutschen Käfers" kann erheblich belastet werden, da VW rund 30 vH. seiner Produktion in den USA absetzt. Bei anderen Industriezweigen ist der Absatz in Amerika aber erheblich geringer. Deshalb wird man in Bonn zunächst auch nur "Gewehr bei Fuß" stehen und sorgfältig darauf achten, ob durch die amerikani-schen Maßnahmen in einigen Industriezweigen Arbeitnehmer entlas-sen werden müßten. Die notwendigen Instrumente, um einer solchen Entwicklung entgegenzusteuern, hat sich die Bundesregierung be-kanntlich geschaffen. Daß es durch diese Exportbelastung zu zu-sätzlichen Preissteigerungen bei uns kommen kann, ist - wie mir scheint - ziemlich unwahrscheinlich. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat einen solchen Zusammenhang zwischen Ver-lust im Export nach USA und Preiserhöhung bei uns in einer Stellungnahme allerdings konstruiert. Preissenkungen in den USA und Preissteigerungen in der Bundesrepublik werden sich aber nur Monopol- und monopolähnliche Unternehmen erlauben können. In solchen Fällen wäre dann das Kartellamt aufgefordert, gegen die-sen Mißbrauch einzuschreiten. Auf alle Fälle müssen weitere protektionistische Maßnahmen in Zukunft verhindert werden.

Viel schwerer ist die Erschütterung des internationalen Währungssystems durch die Aufhebung der Goldeinlösungspflicht der

USA gegenüber ausländischen Notenbanken zu bewerten. Erschütterung ist dabei noch vorsichtig ausgedrückt. Man könnte getrost auch von einem Zusammenbruch des internationalen Währungssystems sprechen. Das entscheidende Kriterium dieses Systems, die Bereitschaft der Amerikaner, gegenüber ausländischen Notenbanken für 35 Dollar eine Unze Gold einzutauschen, ist jedenfalls aufgehoben worden. Damit hat der Dollar seine Funktion als Leitwährung eingebüßt. Unser internationales Währungssystem kann nicht mehr als "Golddevisenstandard", sondern bestenfalls noch als "Devisenstandard" bezeichnet werden.

Kurzfristig ist zu erwarten, daß der Dollar-Kurs an den internationalen Devisenbörsen noch weiter absacken wird. Dann werden andere Staaten, sofern sie noch feste Wechselkurse gegenüber dem Dollar haben, zum Aufkaufen des Dollars gezwungen, oder sie müssen dem Beispiel der Bundesregierung folgen und den Wechselkurs ebenfalls frei schwanken lassen. Diese Entscheidung der Bundesregierung vom 10. Mai 1971 für die Freigabe der Wechselkurse war sicherlich richtig. Sonst wäre in der Bundesrepublik heute das Geldvolumen und damit die inflatorische Entwicklung durch die hereinströmenden Dollars noch stärker aufgeblüht worden.

Langfristig ist nicht zu übersehen, daß dieses Währungssystem an Haupt und Gliedern reformiert werden muß. Die SPD hat das seit langem gefordert. Man wird nicht umhin können, alle Währungen der einzelnen Staaten untereinander in ein neues Austauschverhältnis zu bringen. Eine einseitige Abwertung des Dollars brächte meines Erachtens keine Lösung. Ein solcher Schritt könnte etliche andere Staaten ebenfalls zu einer Abwertung ihrer Währung zwingen. Generelle Neufestsetzung der Paritäten kann nur heißen, daß einige Staaten auf- und andere Staaten ihre Währung abwerten müssen.

Die Bundesrepublik wird selbstverständlich zu festen Wechselkursen zurückkehren, weil sie für alle Teile der Wirtschaft ein Planungsdatum sind, das kalkulierbar sein muß. Zum anderen auch, weil wir dazu durch unsere Absprachen mit den anderen Staaten der EWG verpflichtet sind. Die Neuordnung des internationalen Währungssystems darf allerdings nicht auf die lange Bank geschoben werden. Worauf es ankommt, ist ein Währungssystem mit freier Konvertibilität der Währungen und festen Wechselkursen, die der Leistungskraft der jeweiligen Volkswirtschaft entsprechen. (-/ex/18.8.1971/ks)

- + +

Ja zum Leistungsprinzip in der Bundeswehr

Klarstellungen zum CDU/CSU-Urteil über den Fachbericht

Von Werner Buchstaller SPD-MdB

Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Sicherheitsfragen und
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Um das Gutachten der Personalstruktur-Kommission auf einen Generalnenner zu bringen: Es sagt ein deutliches Ja zum Leistungsprinzip in der Bundeswehr. Dieses Ergebnis hat in der Öffentlichkeit und in der Bundeswehr ein positives Echo gefunden. Die Tatsache jedoch, daß auch die CDU/CSU-Fraktion durch ihren wehrpolitischen Sprecher diesen Bericht so schnell und so global befürwortet hat, läßt den Eingeweihten mißtrauisch werden.

Der berühmt-berüchtigte Pferdefuß ist dann auch alsbald in mehrererlei Gestalt zu finden. Da legt man zunächst einmal gesteigerten Wert darauf, die eigenen Verdienste an diesem Bericht aufzuzeigen. Die Personalstruktur-Kommission sei zum Beispiel nicht vom jetzigen Bundesverteidigungsminister, sondern von seinem Vorgänger eingesetzt worden. Man übersieht dabei geflissentlich, daß Bundesminister Helmut Schmidt im "Weißbuch 1970" ausdrücklich diese Kommission gebilligt und deren Auftrag präzisiert hat. Ferner beansprucht die Opposition für sich, "geistiger Vater" der Konzeption zu sein. Auch hier läßt sie bewußt außer Betracht, daß - wie die Dokumentation des Berichtes ausweist - schon seit Jahren das Thema der Personalstruktur ausgiebig behandelt und auch publiziert wird.

Das entscheidende Kriterium ist in diesem Zusammenhang, was von der Opposition stillschweigend übergangen wird, daß erst unter der SPD-FDP-Bundesregierung diese seit langen Jahren anstehenden Problembereiche vom Grundsatz her untersucht und überhaupt in Angriff genommen werden. Daß dies das ausschließliche Verdienst des jetzigen Verteidigungsministers ist, das wird natürlich von der CDU/CSU schamhaft verschwiegen. Stattdessen drängt sie auf beschleunigte Realisierung der Konzeption! Es ist wirklich grotesk, daß ausgerechnet die CDU/CSU, die in all den Jahren seit Bestehen der Bundeswehr nahezu untätig die Probleme sich selbst überlassen hat, gerade dem Minister, dem es an Tatkraft und Energie in keiner Weise mangelt und der die Dinge in den Griff nimmt und vorantreibt, Säumigkeit vorwirft!

Es soll hier nicht verkannt werden, daß die anstehenden Probleme brennend sind und daß Abhilfe not tut. Es wird jedoch der Opposition nicht der Gefallen getan werden - auch wenn sie den Bericht noch so lobt und noch so sehr zu raschem Handeln drängt -,

das komplizierte Reformwerk des jetzigen Verteidigungsministers in seiner Gesamtheit dilettantisch zu forcieren und es damit der Gefahr des Scheiterns auszusetzen. Dies könnte der Opposition so in den Kram passen, um politisches Kapital daraus zu schlagen! Warum drängt sie denn sonst wohl darauf, daß die Realisierung ausgerechnet des schwierigsten Komplexes aller bisherigen Gutachten, nämlich der von Grund auf zu erneuernden Personalstruktur in der Bundeswehr, so eilig in Angriff genommen werden soll?!

Ohne den Entscheidungen des Ministers vorgreifen zu wollen, wird davon auszugehen sein, daß die Verwirklichung nur schrittweise, sich auf einen längeren Zeitraum erstreckend und nach genereller Abstimmung aller Berichte untereinander vorgenommen werden wird. Da es sich bei den bisherigen Gutachten um die Vorschläge von voneinander unabhängigen Kommissionen handelt, ist nicht zu verlangen, daß alle Berichte in allen Punkten übereinstimmen bzw. zu gleichen Ergebnissen kommen. Dennoch ist festzuhalten, daß z.B. die Vorschläge der Ellwein-Kommission so flexibel gehalten wurden, daß sie auch bei veränderter Personalstruktur anwendbar sind. Ebenso sind die Überlegungen der Personalstruktur-Kommission flexibel genug, um jedes Wehrstruktur-Konzept übernehmen zu können.

Wie bereits der Bundeswehr-Generalinspekteur de Maizière bei seiner Pressekonferenz anlässlich der Übergabe des Berichtes der Personalstruktur-Kommission betonte, betrifft dieses Problem den gesamten öffentlichen Dienst. Ein Alleingang der Bundeswehr in dieser Hinsicht müßte sehr wohl überlegt werden. Falls durch den Personalstruktur-Kommissionsbericht die einschlägigen Fragen im gesamten öffentlichen Dienst beschleunigt einer allgemeinen Regelung zugeführt würden, dann wäre als Primäreffekt zunächst schon einmal viel erreicht. Aber wie beim Ellwein-Bericht vor der Verwirklichung dieser Studie unter anderem noch die notwendigen Verhandlungen mit den Kultusministerien und den Industrie- und Handelskammern stehen, so werden vor der Verwirklichung der Gedanken des Berichtes der Personalstruktur-Kommission u.a. intensive Besprechungen mit dem gesamten öffentlichen Dienst geführt werden müssen.

Die Opposition mag versichert sein, daß Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt die erforderlichen Entscheidungen sachgerecht und zum richtigen Zeitpunkt treffen wird. Befürchtungen aufgrund der "negativen Äußerungen in der Fachpresse über die Ergebnisse der anderen Kommissionen", der Minister über sich nunmehr in Zurückhaltung, sind absurd. Dies unsomehr, als es gewissen Wunschvorstellungen und nicht den Tatsachen entspricht, daß die bisherigen Gutachten und Berichte von der Presse getadelt wurden. Wie jedermann weiß, ist es genau umgekehrt: Sie haben in der Öffentlichkeit verdientermaßen ein sehr positives Echo gefunden.

(-/ex/18.8.1971/ks)

Aktuelle Reportage im SPD-Pressedienst

Polnische Impressionen 1971 (2. Fortsetzung)

Die Polen-Reise, über die hier berichtet wird, dauerte von Bonn bis Bonn etwa drei Wochen, der Tachometer zeigte zum Schluß rd. 5.000 Kilometer, die Fahrt ging hin über Prag, dann rund um das Land und zurück über Ost- und Westberlin. Der Staat, die Partei, Fremde und Freunde ermöglichten volle Bewegungsfreiheit und jeden Kontakt. Der Bericht versucht, Impressionen unmittelbar aus dem Erleben zu zeichnen.

Erhardt Eckert

Junge Menschen und große Sorgen

Der Rathauskeller in Krakau. Diese wunderbare Stadt. Die polnischen Könige wußten, was sie taten, als sie von hier aus herrschten. Im Keller, wie überall in den, nun ja, Kneipen ein betäubender Lärm. In der Überzahl junge Menschen, in Krakau vermutlich zumeist Studenten, die auch sonst das Feld beherrschen. Es wird eine Menge getrunken, es wird viel diskutiert, es wird getanzt. Nach supermoderner Musik. Die Mädchen wie überall im buntesten Supermini. Viel Freude, viel Gelächter. Dieses Polen ist ein junges Land, hat eine junge Gesellschaft. In Breslau nieß es, daß die Bürger der Stadt zu 60 vH. erst bis zu 30 Jahren alt seien. Die Zahlen pendeln oft um diese Marke herum. Nur Warschau ist "alt".

Diese Flut an jungen Menschen bringt eine Flut von Problemen mit sich. Der alte Gomulka hatte das zweifellos nicht begriffen, murrte einer. Sie lassen an ihm sowieso kein gutes Haar mehr: Die Kritik beißt sich an ihm und an seinen Leuten fest. Frage an den Nachbarn am Tisch: Nun gut, aber was macht ihr nun mit eurer Jugend? Jugend ist überall kritisch, nicht nur im Westen. Die Leute am Tisch nicken, alles Kommunisten, Parteimitglieder. Zu allererst sind sie freilich Polen. Polen voller Nationalstolz. In allen Amtsstuben hängt heute nur noch der polnische Adler. Und hin und wieder Lenin. Er gehört dazu. Schön: und eure Jugend? Übereinstimmende Antwort: Wir Älteren und wir Alten werden uns mächtig anstrengen müssen, um dieses kardinale Problem zu kanalisieren und irgendwie auch zu lösen. Es ist ein hundertgesichtiges Problem. Die langen Haare, die bärtigen Gesichter, die zerknitterten Jeans, die Bänderstiefel, die knippkurzen Röcke, die supertiefen Ausschnitte, der Beat oder was immer noch moderner ist: Vielleicht kam, da nicht nur der alte Gomulka nicht mehr ganz mit, fragen wir. Die Leute am Tisch nicken.

Volle Kirchen im KP-Staat

Daß der Katholizismus in Polen eine Potenz ist, das gehört zum eisernen Bildungsstand. Aber was für eine Potenz, das weiß man erst, wenn man Polen kennt. Gewiß, überall gibt es viele Kirchen. In Prag, zum Beispiel auch in Moskau. Aber randvolle Kirchen: Das ist Polen. Ein Kindergottesdienst in Breslau: Kein Apfel könnte zu Boden fallen. Die Jungen und Mädchen knien auf dem steinernen Fußboden, dicht an dicht. Noch immer kommen neue Gottesdienstbesucher durch die Türen herein. Es wird viel gesungen und kreuzgeschlagen, aufgestanden und gekniet.

Auch in anderen Gottesdiensten sind viel junge Menschen dabei. Betend, in sich gekehrt, versunken. Zu jeder Tageszeit sind die

Kirchen gefüllt. Passanten kommen auf einen Sprung herein. Hausfrauen mit vollen Einkaufstaschen, junge Mädchen. In Oppeln verkündet der Pfarrer in überfüllter Kirche, daß der Sonntag zu heiligen sei und daß man gut zu den Menschen zu sein habe. Nach Gottesdienstende fließt ein endloser Strom von Gläubigen durch die Straßen. Wieder überaus viele junge Menschen. In Krakaus Dom bewundert man die Pracht, in der sich die Potenz der Kirche zeigt. Auf allen Straßen trifft man Priester, Nonnen. Es heißt, die Kirche habe noch ausreichenden Nachwuchs. Auf der Landstraße nach Stettin. Ein langgestrecktes Dorf. Eine ausgedehnte Prozessionskirche. Vielleicht hundert Pferdegespanne auf einer Wiese. Vor der Kirchenmauer dütende Stände: Würstchen, Spielsachen, Kuchen, Bier, Eis, Textilien. Ein nervöser, keifender Schausteller betreibt ein Lotteriespiel mit kitschigen Figuren. Bei der Weiterfahrt trifft man noch nach zehn Kilometern Heimkehrer im Feiertagsstaat, mit Bändern und Tüten.

In vielen Dörfern begehen sie den "Tag des Kindes". Transparente, polnische Fahnen, Sportveranstaltungen. Ein politischer Feiertag, der Partei, des Staates. Die Kirche hat die Gelegenheit beim Schopf gefaßt, sie paßt sich an, sie begeht den "Tag des Kindes", als wärs ihr Tag. In der Schulklasse des Sohns unserer Freundin sitzen 35 Kinder, meist eifjährige. 32 sind getauft. Die Zeitungsmeloungen über Kardinal Wyscinsky und sein politisches Gewicht sagen manches aus. Polens volle Kirchen sagen mehr.

Wiederauferstehung alter Städte

Wir stehen am Krantor in Danzig. Ein sonneller, himmelblauer Tag. Die Stadt leuchtet. Sie präsentiert sich. Die Altstadt ist mit Menschen überfüllt. Sie flanieren die historischen Straßen entlang, sitzen auf den Bänken und beschauen diese weltbekannte Gebäudepracht. Alles wurde wie früher aufgebaut und hergerichtet. Wie auch in Warschau oder in Breslau, wo die Geschichte ebenfalls aus Schutt und Asche wieder zum Leben zurückgeholt wurde. Das kostbare Kleinod Krakau war am Leben geblieben, hier war die Kriegfurie vorübergerauscht. Ein Wunder inmitten des Grauens. Wo der Touristenstrom dagegen erst tröpfelt, in Thorn oder in Graudenz, da fehlt noch der Wiederbelebungssputz. Dort sind die Häuser grau, die Straßen aufgerissen. Das kann noch viele Jahre dauern.

Im Übrigen: Wenn man fragt, was die Wiederauferstehung Warschaus, Danzigs, Breslaus gekostet haben könnte, erntet man Achselzucken. Der Bildband, den uns der Oberbürgermeister der Hauptstadt mit auf den Heimweg gibt, läßt nur andeutungsweise ahnen, welche Arbeit, welches Kapitel dahintersteckt, um aus einem Absolutum an toten Trümmern wieder eine lebendige Stadt entstehen zu lassen.

Die Mole in Zoppot. Das "Grand Hotel", ein monumentaler, präntiöser Riesenkasten unmittelbar an der Küste, prahlt wie ehedem ebensounschön. Der Blick geht weit hinaus über die Ostsee. Das Wasser funkelt in öligen Farben. Erst nach einer Weile stolpert man über den eigenen Gedanken. Und es ist wirklich Öl, das sich über die ganze Meeresoberfläche zieht und nicht sehr badeeinladend wirkt. Nur ein paar Jungen strampeln im Wasser herum. Man hört, daß nächtlicherweile fremde Dampfer jenseits der Hoheitszone Ölrückstände ins Ostseewasser gepumpt haben sollen. Dreimal könne man raten, wo die Dampfer hergekommen seien. Man wird verlegen. Aber vielleicht wars ein anderes Schwarz-Rot-Gold.

Die Polen, hört man, gehen auf die Halbinsel Hela baden. Man schaut übers Wasser hindüber: Da fings 1939 an. Am Kiosk findet man Aufnahmen von der Westornplattc. Die Vergangenheit läuft immer neben einem her.